

## **Beschlussempfehlung und Bericht des Verteidigungsausschusses (12. Ausschuss)**

**zu dem Antrag der Abgeordneten Dr. Alexander S. Neu, Wolfgang Gehrcke,  
Jan van Aken, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE.  
– Drucksache 18/1330 –**

### **Henry-Kissinger-Stiftungsprofessur an der Universität Bonn verhindern**

#### **A. Problem**

Im Mai 2013 wurden anlässlich des 90. Geburtstags von Henry Kissinger Pläne zur Einrichtung einer „Henry-Kissinger-Professur für Internationale Beziehungen und Völkerrechtsordnung unter besonderer Berücksichtigung sicherheitspolitischer Aspekte“ an der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn in die Öffentlichkeit getragen. Beabsichtigt ist, mit der Einrichtung einer solchen Professur den ehemaligen nationalen Sicherheitsberater und US-Außenminister Henry Kissinger zu ehren. Nach den bisher bekannt gewordenen Planungen soll die Einrichtung der Professur vom Auswärtigen Amt und vom Bundesministerium der Verteidigung fünf Jahre lang gemeinsam getragen werden.

Der Allgemeine Studierendenausschuss sowie das Studierendenparlament der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn würden sich ebenso gegen die Pläne zur Einrichtung der Professur wenden, wie die Gewerkschaft ver.di, Friedensinitiativen, Bürger- und Menschenrechtsorganisationen, da aus ihrer Sicht gegen Henry Kissinger erhobene Vorwürfe schwerster Menschenrechts- und Völkerrechtsverletzungen bis heute nicht hätten ausgeräumt werden können.

#### **B. Lösung**

Die Antragsteller fordern, Pläne zur Unterstützung der Einrichtung einer Henry-Kissinger-Stiftungsprofessur nicht weiter voranzutreiben, jegliche Beteiligung an den Vorhaben einzustellen und die Einrichtung einer solchen Professur auch nicht auf sonstige Weise zu fördern.

**Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.**

**C. Alternativen**

Keine.

**D. Kosten**

Wurden nicht erörtert.

## **Beschlussempfehlung**

Der Bundestag wolle beschließen,  
den Antrag auf Drucksache 18/1330 abzulehnen.

Berlin, den 4. Juni 2014

### **Der Verteidigungsausschuss**

**Dr. Hans-Peter Bartels**  
Vorsitzender

**Florian Hahn**  
Berichtersteller

**Dr. Fritz Felgentreu**  
Berichtersteller

**Dr. Alexander S. Neu**  
Berichtersteller

**Agnieszka Brugger**  
Berichterstellerin

## Bericht der Abgeordneten Florian Hahn, Dr. Fritz Felgentreu, Dr. Alexander S. Neu und Agnieszka Brugger

### I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf **Drucksache 18/1330** in seiner 33. Sitzung am 8. Mai 2014 beraten und zur federführenden Beratung an den Verteidigungsausschuss sowie zur Mitberatung an den Haushaltsausschuss und den Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung überwiesen.

### II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Aus Sicht der Antragsteller ist der US-Politiker Henry Kissinger als Identifikationsfigur für eine an rechtsstaatlichen Grundsätzen und dem Völkerrecht ausgerichtete akademische Einrichtung nicht geeignet. Der Name Kissinger stehe maßgeblich für eine geostrategisch motivierte aggressive Außenpolitik, Destabilisierung politisch missliebiger Staaten, für expansive exterritoriale Aktivitäten des US-Geheimdienstes CIA, für eine Unterstützung gewaltsamer Regimewechsel, menschenrechtsverletzender Diktaturen und völkerrechtswidrige Invasionen. Die Unterstützung der Einrichtung einer „Henry-Kissinger-Proessur für Internationale Beziehungen und Völkerrechtsordnung“ durch das Auswärtige Amt und das Bundesministerium der Verteidigung bedeutete die Anerkennung einer Politik, die für regionale Destabilisierung, Völkerrechtsverletzungen und den Primat der Gewalt in den internationalen Beziehungen stehe.

### III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Haushaltsausschuss** hat in seiner 15. Sitzung am 22. Mai 2014 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung des Antrags empfohlen.

Der **Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung** hat in seiner 10. Sitzung am 4. Juni 2014 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung des Antrags empfohlen.

### IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der **Verteidigungsausschuss** hat seine Beratungen in seiner 14. Sitzung am 4. Juni 2014 aufgenommen und abgeschlossen. Als Ergebnis empfiehlt er dem Plenum mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung des Antrags.

Berlin, den 4. Juni 2014

**Florian Hahn**  
Berichtersteller

**Dr. Fritz Felgentreu**  
Berichtersteller

**Dr. Alexander S. Neu**  
Berichtersteller

**Agnieszka Brugger**  
Berichtersterterin